

Wer bestimmt künftig die Bildungspolitik?

*Die Etablierung der Pädagogischen Hochschule Nordwest weckt das Interesse des LVB
Von Doris Boscardin GL LVB*

Während anfangs Januar eine illustre Gästeschar die FHNW feierlich eröffnete und auf deren Erfolgsgeschichte ansties, ist nun wieder der Alltag mit seinen grossen und kleinen Problematiken zurückgekehrt. Für die PH als Teil der neuen FHNW gibt es eine ganze Reihe von Themen, die sie unter anderem im Verbund mit den Sozialpartnern einer vernünftigen Lösung zuführen muss, um ebenfalls Teil der beschworenen Erfolgsgeschichte – sofern es denn wirklich eine ist - zu werden.

Erstes und oberstes Ziel der PHNW ist es ganz sicher, für die Trägerkantone BS, BL, AG und SO eine qualitativ hoch stehende Lehrerbildung zu garantieren.

Ihr Dilemma: Einerseits ein per Leistungsauftrag von allen Kantonen gemeinsam abgesegnetes und finanziertes Grundangebot, andererseits spezielle kantonale Angebote für historisch unterschiedlich gewachsene Schullandschaften bereitstellen zu müssen, und dies auch noch zu bezahlbaren Preisen...

Ausbildung nicht von der Stange kostet zusätzlich

In der Tat werden ja die Kantone bei „Sonderwünschen“ ein zweites Mal zur Kasse gebeten. Doch sollen sie auch weiterhin Aufträge, welche aus der jeweiligen kantonalen Bildungspolitik resultieren, an die PH stellen dürfen; dies muss möglich sein, hat mit kleinkariertem Kantönligeist nichts zu tun – und kostet.

Ein Hauptproblem besteht weiter darin, dass die PHNW gerade aus diesem Dilemma heraus nicht nur bei der Lehrerbildung, sondern damit gleich auch noch bei der Bildungspolitik der Nordwestschweiz das Zepter übernehmen könnte. Die Direktion ist sich dieses Problems bewusst und hat gegenüber uns Lehrerverbänden bekräftigt, dass es nicht ihre Aufgabe sei, Schulpolitik zu machen, sondern sich auf ihr Kerngeschäft zu konzentrieren.

Problematiken aus Sicht des Kantons Baselland

Aus Sicht jedes einzelnen Trägerkantons bestehen also unterschiedliche Problematiken, und entsprechend werden andere Ansprüche an die PHNW gestellt. Für den Berufsverband der Lehrpersonen im Kanton Baselland im Vordergrund stehen die folgenden Problematiken, die in Zusammenarbeit mit der PH angegangen werden müssen:

• Neue Ausbildungsgänge

Neuausrichtungen und Änderungen in den Ausbildungsgängen werden nicht im Alleingang von der PH vorgenommen, sondern erfordern einen politischen Auftrag und eine politische Absicherung.

• Den Zugang klären

Der Zugang zur PHNW ist zu klären. Dabei interessiert uns insbesondere die Frage, ob Kandidaten mit nicht gymnasialer Matur wie bis anhin zugangsberechtigt sind. Immerhin rekrutierte sich an der hpsabb ein stolzer Teil der Auszubildenden aus DMS-/FMS-Absolventen.

Das Problem ist auch im überregionalen Kontext der Vereinheitlichung der Zugangsregelungen zu betrachten.

• Was passiert bei E 3 – F 5?

Von Seiten der PH wurde betont, dass der Start der neuen Pädagogischen Hochschule nichts an den Ausbildungsgängen ändern soll. Diese sollen bis mindestens 2008 wie bisher angeboten werden. Wie ist diese Absichtserklärung unter anderem mit der geplanten Einführung von zwei Fremdsprachen auf Primarstufe zu vereinbaren? Stehen rechtzeitig gut ausgebildete Lehrpersonen zur Verfügung?

BL und AG favorisieren im Moment Englisch als 1. Fremdsprache, BS und SO wiederum haben sich für Französisch ausgesprochen. Auf welchen Leistungsauftrag können sich die vier Kantone einigen? Braucht es zwei unterschiedliche Ausbildungen zur Fremdsprachenlehrperson?

• Knackpunkt 6. Schuljahr in BL: matchentscheidend

Trotz den Bestrebungen von HarmoS werden auch in der Nordwestschweiz die unterschiedlichen Schulstrukturen nicht von heute auf morgen verschwinden. Im Fokus steht das 6. Schuljahr: Soll es in BL neu der Primarschule zugeschlagen werden oder weiterhin Teil der Sek I bleiben? Wie soll generell die Aufteilung auf die einzelnen Schulstufen (inkl. Sek II) erfolgen? Wäre es ein gangbarer Weg, mit allgemein zu erreichenden Treffpunkten zu operieren, die Strukturen aber unverändert zu belassen? Eine Vereinheitlichung wäre sowieso nur sinnvoll, wenn sie dazu angetan wäre, die Qualität des Unterrichts zu steigern. Sonst müsste man nachher ernüchtert feststellen: ausser Spesen nichts gewesen.

Es darf nicht sein, dass die PH durch ihr Ausbildungsangebot die Handlungsfreiheit der Kantone illusorisch macht.

• Problemzone Sekundar I

Besondere Probleme in der Lehrerausbildung stellt die Sek I. Für die drei Anspruchsniveaus müssen gleichwertige, aber nicht gleiche Ausbildungsgänge angeboten werden. Für das in unserem Kanton jetzt bestehende Nachdiplomstudium Sek Niveau A muss eine Nachfolgeregelung gefunden werden; ebenso für die Ausbildung zum Berufswahlklassenlehrer.

• Weiterbildung endlich neu aufgleisen!

Neben der Lehrerausbildung ist die Lehrerweiterbildung von zentraler Bedeutung. Welche Angebote sollen über die PH laufen, welche Angebote sollen hingegen weiterhin von BL zur Verfügung gestellt werden? Immerhin verfügen wir im Gegensatz zu anderen Trägerkantonen der PHNW über eine kantonale Fachstelle für Erwachsenenbildung, deren Kapazitäten eventuell noch zu steigern sind.